Nachmittags-Ausgabe.

Deutsches Nachrichtenbüro G.m.b.H.

(Als Manuskript gedruckt. Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg. 1936	Berlin, Mittwoch, 6. Mai	Nr. 585

Dr. Clauß zum Oberregierungsrat ernannt.

Berlin, 6. Mai. Der Führer und Reichskanzler hat den Pressereferenten im Reichs- und Preußischen Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Regierungsrat Dr. Clauß, zum Oberregierungsrat ernannt.

Aus der Diplomatie.

Berlin, 6. Mai. Der Königlich Niederländische Gesandte J. E. Graf Limburg-Stirum hat Berlin verlassen. Während seiner Abwesenheit führt Legationsrat Baron van Boetzelaer van Oosterhout die Geschäfte der Gesandtschaft.

Der Bürgermeister von Athen in Dresden.

Dresden, 6. Mai. Zu einem zweitägigen Besuch in Dresden trafen am Mittwoch der griechische Gesandte in Berlin, Rizo-Rangabé, und der Bürgermeister von Athen, Kotzias, auf dem Hauptbahnhof ein. Die ausländischen Gäste, in deren Begleitung sich der Pressechef der Griechischen Gesandtschaft in Berlin befand, wurden von Bürgermeister Dr. Kluge, dem griechischen Konsul in Dresden, Anastasiadi, und mehreren Mitgliedern der griechischen Kolonie begrüßt. Außerdem hatte sich eine größere Menschenmenge angesammelt, die den ausländischen Gästen einen ehrenden Willkommen entbot.

Minister Rizo-Rangabé und Bürgermeister Kotzias statteten zunächst einigen führenden Persönlichkeiten ihren Besuch ab und folgten dann einer Einladung des Dresdener Oberbürgermeisters Zörner in dessen Wohnung. In den frühen Nachmittagsstunden wurde eine Fahrt durch die Stadt angetreten, die nach einer Besichtigung des Kurorts „Weißer Hirsch" in der Reichsgartenschau endete.

General Milch über die deutsche Luftfahrt.

Essen, 6. Mai. Zum Semesterbeginn des Hauses der Technik in Essen hielt am Dienstag im Städtischen Saalbau der Staatssekretär im Luftfahrtministerium, General der Flieger Milch, einen Vortrag über „Deutsche Luftfahrt".

Er gab ein Bild von der Entwicklung und dem Stand des deutschen Flugwesens. Er schilderte die Wehrlosigkeit Deutschlands durch das Versailler Diktat, das Deutschland jede militärische Betätigung in der Luft verbot, und die gewaltige Entwicklung, die die deutsche Luftfahrt seit der Machtergreifung des Nationalsozialismus genommen hat.

„Neben der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit war die Wiederwehrhaftmachung Deutschlands das Hauptziel Adolf Hitlers. Dazu gehörte auch eine starke Luftwaffe; denn nur in dem Besitz der Luftherrschaft ist Gleichberechtigung sichern. Ein ungeheures Werk ist dank der Arbeit des Führers und seines Paladins, Generaloberst Göring, vollbracht worden, und mit Stolz können wir auf die neue deutsche Luftwaffe blicken, die dazu bestimmt und in der Lage ist, den deutschen Luftraum zu schützen und zu verteidigen.

„Erste Aufgabe der deutschen Luftwaffe ist es, für die Sicherheit Deutschlands zu sorgen und die Grenzen zu schützen. Damit ist die Luftflotte einer der besten Garanten des Friedens in Europa."

General Milch verwies in diesem Zusammenhang auf das Luftpaktangebot des Führers, wie es ähnlich auch dem Gebiet der Marine zum Wohl und zur Sicherheit beider Nationen mit England abgeschlossen worden sei.

Der Redner beschäftigte sich dann mit technischen Fragen der Luftfahrt, wobei er der großen Leistungen gedachte, die von den deutschen Ingenieuren und Technikern und von der deutschen Industrie in dieser Beziehung vollbracht wurden.

Auf Fragen des Luftverkehrs eingehend schilderte Staatssekretär Milch die Entwicklung und die Fortschritte, die in Deutschland auf diesem Gebiet erzielt worden sind. Nicht nur und nicht so sehr auf die Geschwindigkeitssteigerung komme es hier an, sondern an erster Stelle stehe die Sicherheit.

„Wie sehr sich das Standardflugzeug der Deutschen LuftHansa, die dreimotorige Ju 52, von der 80 Flugzeuge bei der Lufthansa eingesetzt sind, bewährt hat, läßt die Tatsache erkennen, daß 1935 bei 14 Millionen Luftkilometern keine einzige Landung einer Ju 52 außerhalb eines Hafens erfolgt ist."

Auf Grund der Erfahrungen beschränke man sich in Deutschland auf Flugzeuge, die mit Besatzung bis zu 20 Menschen an Bord nehmen können. Vieles, nicht zuletzt auch die Kostenfrage und die Frage der Sicherheit, spreche gegen den Bau größerer Flugzeuge.

Der Vortragende ging dann auf den Auslands- und Transozeanverkehr ein, der an die Flugzeuge besondere Anforderungen stelle. Er stellte fest, daß Deutschland 1935 einen regelmäßigen Transatlantikverkehr mit 52 Flügen durchgeführt habe, von denen 43 die Flugzeuge der Lufthansa und 9 der Zeppelin erledigt hätten. Dadurch sei erreicht worden, daß z. B. die Strecke Deutschland—Brasilien (10 000 km) in drei Tagen und die Strecke Deutschland—Argentinien (13 000 km) in dreieinhalb Tagen bewältigt werden seien. Besondere Bedeutung komme den Katapulten zu, die vorerst aber auf Post und Fracht beschränkt blieben.

Schließlich befaßte sich der Vortragende mit der Motoren- und Betriebsstoffrage und mit den wichtigen Fragen der Navigation und Peilung. Er würdigte aber auch den schweren und entsagungsvollen Dienst der Männer der deutschen Luftfahrt und den Geist, der sie beseelt, wie er auch begeisterte Worte über die Lust und Liebe und den Schneid fand, die den jungen Fliegernachwuchs in der Luftwaffe, im Luftsportverband und in der jüngsten Jugend beherrschten.

Keine englische Initiative in Rom.

Rom, 6. Mai. Die Londoner Gerüchte, nach denen der englische Botschafter in Rom auf Anweisung von Eden hin einen ersten Schritt zur Einleitung normaler Beziehungen zwischen London und Rom unternommen und außerdem erklärt haben soll, daß seine Regierung die Meinung vertrete, daß Italien die einzig fähige Nation sei, Ordnung und Frieden in Abessinien wiederherzustellen, werden in Rom von englischer Seite ganz entschieden in Abrede gestellt. Nach der Besprechung zwischen Drummond und Suvich am Montag hätten keinerlei Fühlungnahmen zwischen amtlichen italienischen Kreisen und der englischen Botschaft stattgefunden. Es sei bis jetzt auch keine Unterredung zwischen dem englischen Botschafter und dem italienischen Regierungschef oder Staatssekretär Suvich vorgelegen.

Auch in maßgebenden italienischen Kreisen werden diese Londoner Informationen als in Tendenz und Inhalt unwahrscheinlich bezeichnet.

Verstärkter Zeitungsumfang in Italien.

Rom, 6. Mai. Die auf Grund der Sanktionen vorgenommene Einschränkung des Umfanges der italienischen Tageszeitungen auf sechs Seiten ist für die kommenden 14 Tage aufgehoben worden. Die italienischen Blätter dürfen wöchentlich viermal wieder mit acht Seiten erscheinen.

Leiter des britischen Roten Kreuzes in Addis Abeba †.

London, 6. Mai. Der Leiter der britischen Roten Kreuz-Abteilung in Nordabessinien, Dr. Mellu, der vor wenigen Tagen von einem betrunkenen abessinischen Soldaten in Addis Abeba einen Lungenschuß erhalten hatte, ist seinen Verletzungen erlegen.

Diskonterhöhung der Bank von Frankreich um 1 v. H.

Paris, 6. Mai. Die Bank von Frankreich hat am Mittwoch mittag die Erhöhung des Diskontsatzes von 5 v. H. auf 6 v. H. beschlossen.

Der Zinssatz für Vorschüsse auf Goldkäufe ist von 7 v. H. auf 9 v. H. heraufgesetzt worden, der Zinssatz für Vorschüsse auf 30 Tage für Staatspapiere bis zu zweijähriger Laufzeit von 5 v. H. auf 6 v. H. Dieser neuerlichen Erhöhung des Diskontsatzes, die gegen die Spekulationen auf Abwertung des Franken gerichtet ist, ist bereits Ende März eine Heraufsetzung des Diskontsatzes um 1½ v. H. vorausgegangen.

Herriot will nicht Ministerpräsident werden?

Paris, 6. Mai. Die Ere Nouvelle erklärt zu dem Gerücht, daß Herriot Ministerpräsident werden wolle, Herriot wolle weder in eine Regierung eintreten noch eine Regierung leiten, da er von seinen Auffassungen und seiner Politik nichts aufzugeben bereit sei. Als er sich einverstanden erklärt habe, im zweiten Wahlgang in Lyon zu kandidieren, habe er festgestellt, daß die Aufrechterhaltung seiner Kandidatur keinen „Handel" darstelle, und daß er die ihm zufallenden Stimmen als Unterstützung seiner Ansichten auffasse. Dem Regierungsproblem gegenüber nehme er die gleiche Haltung ein.

Informationsflug Gamelins und Pichots.

Paris, 5. Mai. Der französische Generalissimus Gamelin und der Generalstabschef der Luftstreitkräfte Pichot haben am Dienstag eine Informationsreise im Flugzeug unternommen. Sie hatten den Standorten Metz und Nancy einen Besuch ab.

Eine Erklärung von Gil Robles.

Madrid, 5. Mai. Der Führer der spanischen Volkspartei Gil Robles hat eine Erklärung veröffentlicht, in der er ankündigt, im Parlament eine Anfrage über die gestrigen Sabotageakte der Marxisten in Madrid zu stellen. Wenn die Regierung nicht in der Lage sei, die Ordnung im Lande aufrechtzuerhalten und den Verfolgungen der Mitglieder der katholischen Volksaktion entgegenzutreten, so sehe er sich gezwungen, auf seinen Lehrstuhl an der Universität zu verzichten. Gil Robles stellt dann fest, daß verschiedene Organisationen seiner Partei bereits geschlossen zu den Fechtenden übergegangen seien. Dies sei lediglich die natürliche Auswirkung der von der Regierung betriebenen Politik.

Landarbeiterunruhen in der Wojewodina.

Belgrad, 5. Mai. Eine Untersuchung, die im Zusammenhang mit Feldarbeiterunruhen in der Wojewodina geführt worden ist, soll ergeben haben, daß diese Unruhen politischen Hintergrund haben, und daß mehrere oppositionelle Politiker belastet erscheinen.

Wie aus Neusatz gemeldet wird, wurde in diesem Zusammenhang der Rechtsanwalt Dr. Ivan Nagy verhaftet, der bei den letzten Wahlen auf der Liste des Kroatenführers Matschek kandidiert hatte, weiter der Rechtsanwalt Dr. Butik. Gegen den früheren stellvertretenden Neusatzer Staatsanwalt Kekitsch, der in der letzten Zeit in der oppositionellen Bewegung der Wojewodina eine Rolle spielte, wurde Haftbefehl erlassen.

Die Vereinigung der Phönix-Affäre in Rumänien.

Bukarest, 5. Mai. Das rumänische Handelsministerium teilt am Dienstag in einer amtlichen Erklärung mit, daß zur Wahrung der Interessen der rumänischen Versicherten der Phönix-Gesellschaft Verhandlungen stattfänden, die bereits weit fortgeschritten seien.

Diese Verhandlungen sähen die Uebernahme des Versicherungsbestandes der rumänischen Phönix durch die Gesellschaft Steaua Romanie unter Heranziehung der Dacia Romania Generalis und anderer in- und ausländischen Versicherungsgesellschaften als Wiederversicherer vor. Die Verhandlungen würden auf Grund des Sondergesetzes zur Wahrung der Interessen der Versicherten gepflogen.

Verstärkte Streikbewegung in Nordgriechenland.

Athen, 6. Mai. In Nordgriechenland hat die seit längerem beobachtete Streikbewegung eine Verschärfung erfahren. Die Zahl der streikenden Tabakarbeiter ist auf 30 000 angewachsen. In Kavalla und Drama sind die Ladenbesitzer in einen Sympathiestreik getreten. In Saloniti hat sich die Streikbewegung auf die Weber und Schuharbeiter ausgedehnt.

Ein Uebergreifen der Bewegung auf die Hafen- und Gewürzwarenarbeiter wird befürchtet. Es ist bereits zu einem Zusammenstoß zwischen Streikenden und Polizisten gekommen, wobei Schüsse gewechselt wurden. Für ganz Nordgriechenland sind militärische Sicherheitsmaßnahmen getroffen worden.

Die englisch-sowjetrussischen Seerüstungsverhandlungen.

Moskau, 5. Mai. Wie die Tat meldet, hat die sowjetrussische Regierung in Beantwortung eines Vorschlages der englischen Regierung sich bereit erklärt, in Verhandlungen über den Abschluß eines Abkommens über die Seerüstungen zwischen Großbritannien und der Sowjetunion einzutreten.

Der Vorschlag der englischen Regierung sehe neben einem gegenseitigen Austausch von Nachrichten über die Bauprogramme der beiden Flotten u. a. auch die Festlegung gewisser analitativer Beschränkungen für neu zu erbauende Kriegsschiffe vor. Ferner sei die Einführung eines neuen Systems für die Klassifizierung dieser Schiffe nach bestimmten Gattungen angeregt worden.

Wie die „Zaß" weiter meldet, sollen die Verhandlungen in London schon in nächster Zeit beginnen.

Der arabische Streikausschuß beim Hohen Kommissar.

Jerusalem, 6. Mai. Der Hohe Kommissar empfing am Dienstag nachmittag erneut das arabische Streikkomitee, das ihm die Antwort auf seine Erklärung übergab.

Die Araber wiesen auf die englischen Versprechungen während des Weltkrieges hin, die König Hussein vom Hedschas gegeben worden wären, und auf das englische Weißbuch von 1930, in dem die jüdische Einwanderungsfrage entsprechend einem Gutachten englischer Sachverständiger zugunsten der arabischen Forderungen geregelt worden war. Die Araber baten außerdem der Besürchtung Ausdruck, daß die jüdische Mehrheit in wenigen Jahren zu einer jüdischen Regierung führen würde, und erklärten, sie würden nicht zu den Verhandlungen nach London kommen, wenn die Einwanderung nicht verhindert würde. Sie hätten die Fortsetzung des Streiks beschlossen. Ob sie auch einen Steuerstreik beginnen würden, sei noch unbestimmt.

Der Hohe Kommissar sagte eine beschleunigte Prüfung der arabischen Forderungen zu.

Der arabische Standpunkt zum Streik in Palästina.

Jerusalem, 5. Mai. Der Präsident der Palestine Arab Party gewährte dem Berichterstatter des Deutschen Nachrichtenbüros eine Unterredung, in der er sich über den arabischen Standpunkt zum Streik in Palästina äußerte. Danach stützt sich die derzeitige arabische Bewegung auf die Zusicherungen Großbritanniens, die im Weltkriege dem verstorbenen König des Hedschas, Hussein, für die Unabhängigkeit eines arabischen Palästinas gegeben wurde. Das war damals die Ursache für viele tausende Araber, die türkische Fahne zu verlassen und auf die Seite Großbritanniens überzutreten.

Präsident Husseini wies in seiner Unterredung auf den Widerspruch hin, der aufgrund der Balfour-Erklärung entgegen dieser Zusicherung durch die Errichtung eines jüdischen Nationalheims in Palästina entstanden sei.

Genau wie der Irak und Syrien wünsche auch Palästina Unabhängigkeit und Völkerbundsmitglied zu werden, vor allem jedoch ein selbst gewähltes Volksparlament und eine arabische Regierung zu erhalten.

Auf die Judeneinwanderung zu sprechen kommend, betonte der Präsident der Palestine Arab Party, daß die arabischen Nachbarstaaten die Judeneinwanderung ebenfalls als eine Bedrohung betrachteten.

Dadurch, daß bei den letzten Debatten im britischen Parlament nur der jüdische und nicht der arabische Standpunkt behandelt worden sei, fühlten sich die Juden äußerst gestärkt.

Der gegenwärtige Arabestreik sei daher ein deutlicher Protest an die Adresse Großbritanniens und sei mit deshalb organisiert worden, um die Aufmerksamkeit der Welt auf das Palästina-Problem zu lenken.

Die politische Lage werde allerdings Großbritannien auf die arabische Seite bringen, besonders seit den italienischen Erfolgen jenseits des Roten Meeres, denn Großbritannien brauche den arabischen Block gegen Italien und müsse wohl auch die Palästina-Sympathien im Hedschas, Jemen und Irak berücksichtigen. Mit dem gegenwärtigen Streik hoffe man eine sofortige gänzliche Verhinderung der Judeneinwanderung zu erreichen solange, bis die arabische Delegation in London den gesamten Fragenkomplex abschließend behandelt habe. Man werde auch nur gegen diese Zusicherung den Generalstreik abbrechen.

Die Araber empfänden die gegenwärtige Verfassung dem Artikel 2 der Mandatsverfassung und dem Artikel 22 der Völkerbundsverfassung widersprechend. Dies und die Judenfrage seien die Ursachen der arabischen Unruhen. Die Araber dächten nicht daran, sich noch länger schrittweise von den Juden im eigenen Lande zurückdrängen zu lassen. Heute sei es schon so, daß durch die ständigen jüdische Landkäufe die Existenzmöglichkeiten arabischer Bauern stark beeinträchtigt seien. Wenn früher 10 000 Juden jährlich ins Land gekommen seien, so kämen heute 50 000, und letzten Endes würde die jüdische Bevölkerungszahl bald die arabische in seinem eigenen Lande überflügeln.

Erhöhte Rüstungsmaßnahmen in Kanada und Australien.

London, 5. Mai. Der englische Dominienminister Malcolm MacDonald machte am Dienstag im Unterhaus einige kurze Mitteilungen über die Aufrüstungsmaßnahmen in Kanada und Australien. In Kanada seien die militärischen Ausgaben im Jahre 1934/35 um 2½ Millionen Dollar erhöht worden. Für laufende Maßnahmen sei ein gleich hoher Betrag vorgesehen, wozu eine weitere Erhöhung der Ausgaben für die Luftstreitkräfte komme.

Die australische Regierung führe zur Zeit ein dreijähriges Aufrüstungsprogramm durch, das im Frühjahr 1937 beendet sein werde. Die Gesamtkosten beliefen sich auf 20 Millionen Pfund, von denen ein großer Teil für Flottenausgaben verwendet werde.

Das neue Agrarreformgesetz in Paraguay verabschiedet.

Asuncion, 6. Mai. Die Regierung hat das angekündigte Agrarreformgesetz mit umwesentlichen Aenderungen verabschiedet.

Wie gemeldet, stellt dieses Gesetz eine grundlegende Neuregelung der Besitzverhältnisse an landwirtschaftlichem Besitz dar. Es will den Arbeiter mit dem Grund und Boden vertrauten und sieht zu diesem Zweck eine Enteignung von Grund und Boden bis zu zwei Millionen Hektar gegen Entschädigung vor, um ihn in 60 000 Klein- und Mittelbesitze aufzuteilen. Außerdem ist die Einrichtung von militärischen Landwirtschaftsbetrieben geplant, in denen Heeres- und Marineangehörige sechs Monate lang Dienst tun sollen.

Verantwortlich: Kurt Schwarzkopf, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.